

Zeitschrift: Freidenker [1956-2007]
Herausgeber: Freidenker-Vereinigung der Schweiz
Band: 68 (1985)
Heft: 9

Artikel: Hohe Auszeichnung für einen Freidenker
Autor: WB
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-413227>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Italiens Obolus für Kirche und Klerus

Nur wenige Tage nach der Ratifizierung des neuen Konkordats und vor der parlamentarischen Verabschiedung der Gesetze über die finanziellen Regelungen zwischen Kirche und Staat bestätigt eine Umfrage, dass die Spendebereitschaft der Italiener eher bescheiden ist. Nur 14,7 Prozent zeigen sich bereit, ab 1990 den Unterhalt von Kirche und Klerus zu finanzieren. Mit diesem Jahrzehnt wird der staatliche Gehaltsausgleich auf Grund der «congrua» zu Ende gehen.

Die Vereinbarung zwischen der Regierung Craxi und dem Vatikan sieht ein System *fiskalisch erleichterter Spenden* vor. Der Steuerzahler kann 0,8 Prozent der Einkommenssteuer für die Kirche oder für wohltätige und humanitäre Zwecke verschiedener Art bestimmen. Ausserdem kann er Spenden bis zu zwei Millionen Lire vom steuerpflichtigen Einkommen absetzen.

Enttäuschendes Ergebnis einer Umfrage

Das *Meinungsinstitut Doxa* hat nun im Auftrag der Fondazione Luigi Einaudi 1056 Personen befragt und festgestellt, dass nur 14,7 Prozent von ihnen die 0,8 Prozent der Einkommenssteuer an die Kirche spenden wollen. 66,6 Prozent ziehen es vor, die Spende für wohltätige Werke in staatlicher Verantwortung zu bestimmen. Die Doxa war zuvor zum Ergebnis gekommen, dass 30,8 Prozent der Italiener regelmässig oder quasi regelmässig zur Sonntagsmesse gehen, die Frauen mehr als die Männer, die Alten mehr als die Jungen, die Armen mehr als die Reichen und die Katholiken im Norden mehr als die im Süden. Nur einer von zwei der sonntäglichen Kirchgänger ist also bereit, der Kirche via Steuer seinen Obolus zu entrichten. Das System des Abzugs vom steuerpflichtigen Einkommen lehnt eine knappe Mehrheit der Italiener ab (45,1 Prozent dagegen, 41,4 Prozent dafür). Das Ergebnis der Umfrage liegt um die Hälfte unter den Schätzungen,

die von *kirchlicher Seite* gemacht worden waren. Doch hofft die Kirche, in den nächsten fünf Jahren die Zahl der freiwilligen Spender zu erhöhen, um nach der Übergangszeit die Finanzen ausgleichen zu können. Jedenfalls muss in den nächsten Jahren eine für italienische Traditionen ungewohnte Spendebereitschaft aktiviert werden, und das Kirchenvolk hat mit seiner Verantwortung für die Institution Kirche ernst zu machen.

Laizistische Bedenken

Die Bedenken gegen die finanzielle Regelung kommen im *Parlament* vor allem von der laizistischen Seite. Darum war es auch nicht möglich, gleichzeitig mit dem Konkordat die zusätzlichen Vereinbarungen zu verabschieden. Die *Radikalen* und die der KPI nahestehende *Unabhängige Linke* wenden ein, dass durch die steuerbegünstigten Spenden an die Kirche dem Staatshaushalt einige hundert Milliarden Lire an Steuereinkünften entzogen werden könnten. Die Diskussion um die konkreten Auswirkungen des neuen Konkordats im Parlament wird sich daher in den nächsten Tagen an der Frage der Spenden und deren Begünstigung entzünden.

Kirchliches Engagement in der Wahlkampagne

Die Trennung von Kirche und Staat in Italien, die mit dem *neuen Konkordat* grosse Fortschritte macht, fällt zeitlich zusammen mit einem verstärkten Engagement der Hierarchie in der Kampagne für die *Administrativwahlen vom 12. Mai*. Die Kirche kritisiert verschärft politische Missstände in Städten und Regionen, bekämpft den Rückzug der katholischen Laien aus der politischen Verantwortung und gibt Listen oder auch einzelne Kandidaten, die sie für moralisch und politisch geeignet hält, ihre Unterstützung. In der Woche nach Ostern wird in Loreto eine grosse Tagung von Bischöfen, Priestern und Laien stattfinden, deren Thema die christliche Präsenz in der italieni-

schen Gesellschaft ist. Der Papst wird am 11. April an der Tagung teilnehmen. Es ist durchaus in seinem Sinn, dass sich die italienische Kirche von Norden bis Süden, in der Hierarchie wie in den Laienorganisationen energisch der *sozialen Realität* zuwendet, die in einer so politisierten Bevölkerung wie der Italiens auch eine politische Realität ist.



Hohe Auszeichnung für einen Freidenker

Namens der holländischen Regierung hat Königin Beatrix kürzlich Dr. Ivo Samkalden zum Staatsminister ernannt. Dies ist die höchste Auszeichnung, die einem Holländer für besondere Verdienste verliehen werden kann. Die Auszeichnung wird selten vergeben; bis heute wurde diese Ehre erste sieben Personen, darunter eine Frau, zuteil. Wer ist dieser Dr. Samkalden? Nach zahlreichen verantwortungsvollen Funktionen in Wissenschaft und Politik wurde er im Januar 1983 zum ersten Internationalen Ombudsman der Internationalen Humanistischen und Ethischen Union (IHEU). Ihm kommt also die Aufgabe zu, seinen Einfluss bei Menschenrechtsverletzungen in rund 30 Mitgliedsländern der IHEU geltend zu machen. Die IHEU ist eine der beiden grossen internationalen Freidenkerverbände, der auch die FVS angehört. Sie ist bei der UNO und der UNESCO akkreditiert.

Holland war schon immer ein Land der geistigen Öffnung und der religiösen Toleranz. Etwa 30 Prozent der Bevölkerung gehören keiner Kirche an.

WB